
I. Einleitung

1) **Ausländerstudium und (Kultur-)Politik – Fragestellungen zur Verflechtung von Wissenschaft und Macht im akademischen Austausch**

»Das Jahrhundert Einsteins und Plancks«, so heißt es in Wassili Grossmans großem Stalingrad-Roman *Leben und Schicksal*, »war zugleich das Jahrhundert Hitlers. Die Gestapo und die Renaissance der Wissenschaften waren von der gleichen Zeit hervorgebracht worden.«² Grossman interpretierte diese Koinzidenz gleichwohl schon Ende der 1950er Jahre nicht als Polarität im Sinne einer »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen«, sondern vermutete andere Zusammenhänge: »Vielleicht war die Wissenschaft nicht zufällig zur Gefährtin dieses schrecklichen Jahrhunderts geworden, vielleicht war sie seine Verbündete.«³ Im Gegensatz zu dieser mehr literarisch erfüllten denn wissenschaftlich belegten Einschätzung hingen zum selben Zeitpunkt viele deutsche Wissenschaftler noch der »so einflussreiche[n] Lebenslüge« (R. vom Bruch) an, wonach der Nationalsozialismus ein prinzipiell wissenschaftsfeindliches System gewesen sei, das allenfalls obskure Pseudowissenschaften wie die »Deutsche Physik« oder die von Himmler favorisierte »Welteislehre« gefördert habe. ›Echte‹ Wissenschaften seien hingegen ›missbraucht‹ worden. Den meisten Wissenschaftlern aber sei es – wenn auch hier und da unter Aufwendung »zeittributäre[r] Signale« und »semantische[r] Mimikry«⁴ – gelungen, sich in die Grundlagenforschung und mithin ›reine‹ Wissenschaft zu flüchten und damit die Zeit des Dritten Reichs zumindest moralisch unbeschadet zu überstehen, wenn nicht sogar dem NS-

2 Grossman, *Leben und Schicksal*, S. 110.

3 Ebda., S. 111. Das 1960 fertig gestellte Manuskript des Romans wurde 1961 von der sowjetischen Zensur beschlagnahmt. Eine erste russische Ausgabe konnte erst posthum, im Jahre 1980 in der Schweiz erscheinen. Zum Begriff der »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen« s. Koselleck, *Geschichte*, S. 132 f.; Nolte, *Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen*.

4 Höpfner, *Die Universität Bonn im Dritten Reich*, S. 1.

Regime zu widerstehen.⁵ Die Geschichtswissenschaft hat diese »vergangenheitspolitischen Legenden der Nachkriegszeit« (H. Maier) allmählich durch eine differenziertere Betrachtungsweise ersetzt und dabei in Grossmans Sinne stärker das Verbindende zwischen Wissenschaft und Macht herausgestellt.⁶

»Die Nationalsozialisten waren«, wie Wolfgang Schieder jüngst festgestellt hat, »zwar intelligenzfeindlich, aber nicht wissenschaftsfeindlich«, die Wissenschaft sei sogar »ein konstitutiver Teil« des »Dritten Reichs« gewesen.⁷ Tatsächlich vollzog sich Wissenschaft nicht etwa im Windschatten des NS-Systems oder im vermeintlich »Unpolitischen«. Die wissenschaftliche Forschung erlangte vielmehr oftmals »in gerade denjenigen Bereichen« eine neue Dynamik, »die den zentralen Projekten des Nationalsozialismus – dem Eroberungskrieg und der »Reinigung des Volkskörpers« – am Nächsten zu sein schienen«.⁸ Die Krebsforschung etwa war unter diesen Vorzeichen ebenso privilegiert wie die technischen Disziplinen und die angrenzenden Naturwissenschaften, denen im NS-Staat eine wichtige Rolle bei der Wehrhaftmachung und Aufrüstung des deutschen Volks und beim Aufbau eines »autarken Wehrstaats« zufiel.⁹ Die Geisteswissenschaften wiederum, wenngleich weniger stark gefördert, boten ebenfalls kaum unpolitische Nischen¹⁰ – im Gegenteil: Unter Federführung des Kieler Rektors und Juristen Paul Ritterbusch leistete der sogenannte »Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften« seinen ganz spezifischen Beitrag zum

5 Vgl. die älteren Darstellungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Nationalsozialismus zusammenfassend: vom Bruch, Von der »Not« zur »Allianz«, S. 43 (dort das Zitat); Schieder, Der militärisch-industriell-wissenschaftliche Komplex im »Dritten Reich«, S. 47 f.; Dinçkal/Mares, Selbstmobilisierung und Forschungsnetzwerke, S. 13 f.; s. auch: Ash, Wissenschaft und Politik, S. 47.

6 Maier, Technische Hochschulen im »Dritten Reich«, S. 26.

7 Tatsächlich zeigt der Vergleich mit der Situation in der Weimarer Republik, dass die finanziellen Aufwendungen für die Forschung nach 1933 deutlich erhöht wurden. Schieder, Der militärisch-industriell-wissenschaftliche Komplex im »Dritten Reich«, S. 48 ff.; ähnlich: Grüttner/Hachtmann, Wissenschaften und Wissenschaftler unter dem Nationalsozialismus, S. 143 f.

8 Ash, Wissenschaftswandlungen, S. 34 f.; s. auch: Szöllösi-Janze, »Wir Wissenschaftler bauen mit«, S. 164–168; Walker, »Nazi Science«, S. 999.

9 Maier, Technische Hochschulen im »Dritten Reich«, S. 25 f. u. 36. Die medizinische Krebsvorsorge wiederum stand zugleich im Kontext der Rassenhygiene: Anti-Raucher-Kampagnen dienten in erster Linie der Gesunderhaltung des »Volkskörpers«. Szöllösi-Janze, »Wir Wissenschaftler bauen mit«, S. 164–168. Zur nationalsozialistischen Krebsforschung s. ausführlich: Proctor, The Nazi War on Cancer.

10 Schieder, Der militärisch-industriell-wissenschaftliche Komplex im »Dritten Reich«, S. 50. Schieder konstatiert, dass es in den Philosophischen Fakultäten einzelnen Forschern im Ausnahmefall gelungen sein mag, sich »heraus[zuh]alten und in einer Art Nischenexistenz [zu] überwintern«, verweist jedoch darauf, dass auch »scheinbar ganz unpolitische Fächer wie die Ur- und Frühgeschichte, die Nordistik oder die Geschichtliche Landeskunde« der Herrschaftslegitimierung dienten (ebda.). Zu dieser Thematik s. weiterhin: Hausmann, Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich.

»Entscheidungskampf um die deutsche und europäische Zukunft« und suchte »die Ideen vorzubereiten und zu klären, auf denen ein neues Europa politisch-kulturell errichtet werden« sollte.¹¹ Im Rahmen der deutschen »West-« und »Ostforschung« wiederum steuerten Geisteswissenschaftler ihre Expertise zur nationalsozialistischen Raum- und Siedlungspolitik bei, deren bekannteste und zugleich berüchtigte Manifestation wohl der Generalplan Ost gewesen ist.¹²

Viele der beteiligten Wissenschaftler wirkten dabei alles andere als widerwillig oder gar unter Zwang an den jeweiligen Projekten mit: »Schon wenige Tage nach dem deutschen Überfall auf Polen«, so fasst Patrick Wagner die frappierende akademische Eigeninitiative bei der Entstehung des Generalplans Ost zusammen, »hatten Wissenschaftler der unterschiedlichsten Disziplinen in großer Zahl von sich aus begonnen, das Regime mit Denkschriften zu bombardieren, wie Osteuropa wissenschaftlich exakt zu germanisieren sei.«¹³ Sicherlich ist es daher richtig, den alten Topoi von der vermeintlichen »Indienstnahme« bzw. dem »Missbrauch« der Wissenschaften den Begriff der »Selbstmobilisierung« (H. Mehrrens) an die Seite zu stellen und Wissenschaft und Politik als gegenseitig mobilisierbare »Ressourcen für einander« (Mitchell G. Ash) zu verstehen.¹⁴ Ganze Fachdisziplinen nutzten gezielt und strategisch die Erfolgchancen, die sich ihnen im Nationalsozialismus boten.¹⁵ Angesichts der

11 Franz Koch/Gerhard Fricke: »Zum wissenschaftlichen Einsatz Deutscher Germanisten im Kriege«. Text der Einladung zur Tagung der Hochschulgermanisten des großdeutschen Reichs, die vom 5. bis zum 7. Juli 1940 in Weimar stattfand, hier zit. nach: Hausmann, »Deutsche Geisteswissenschaft« im Zweiten Weltkrieg, S. 147. Zur »Aktion Ritterbusch« s. ferner: ders., Der »Kriegseinsatz« der Geisteswissenschaften.

12 Dessen interdisziplinäre wissenschaftliche Begleitung war nach dem Urteil Patrick Wagners (Wagner, Forschungsförderung auf der Basis eines nationalistischen Konsenses, S. 189) sogar »eines der wichtigsten und finanziell umfangreichsten der von der DFG während des Krieges geförderten Projekte«. S. zur historischen Beschäftigung mit diesem Komplex als Vorreiter: Burleigh, Germany turns eastwards; für die mit einem gewissen zeitlichen Abstand folgende deutsche Forschung sei exemplarisch verwiesen auf: Fahlbusch, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik; Haar/Fahlbusch (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften; Derks, Deutsche Westforschung; Dietz/Gabel/Tiedau (Hrsg.), Griff nach dem Westen; Camphausen, Die wissenschaftliche historische Russlandforschung; Haar, »Ostforschung« und »Lebensraum«-Politik; Heinemann/Wagner (Hrsg.), Wissenschaft-Planung-Vertreibung, darin insb.: Heinemann, Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa.

13 Wagner, Forschungsförderung auf der Basis eines nationalistischen Konsenses, S. 190.

14 Mehrrens, Kollaborationsverhältnisse, S. 27; s. auch den 2009 erschienenen und den Begriff aufnehmenden Sammelband zur Geschichte der Technischen Hochschulen im Dritten Reich: Dinçkal/Dipper/Mares (Hrsg.), Selbstmobilisierung der Wissenschaft. Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander. Ash kritisiert zurecht, dass der Begriff der »Indienstnahme« suggeriere, »dass sich Wissenschaftler irgendwelchen Diktaten vom Staate bzw. der Politik widerwillig untergeordnet hätten« (ebda., S. 32). S. dazu auch: ders.: Wissenschaftswandlungen.

15 So das Urteil bei: vom Bruch, Umbrüche und Neuorientierungen, S. 26

verstärkten finanziellen Förderung, neuer Karrierechancen, die sich nicht zuletzt durch die Entlassung jüdischer Kollegen ergaben, aber auch eines durchaus vorhandenen Modernisierungsschubs gingen zahlreiche Wissenschaftler, darunter viele Vertreter der jüngeren Generation, mit dem NS-Staat ein »prekäres Arrangement auf Gegenseitigkeit« (B. Weisbrod) ein.¹⁶ Dabei erklären opportunistische Verhaltensmuster¹⁷ jeweils nur einen Teil der individuellen Mobilisierungsbereitschaft. Denn neben Nützlichkeitsabwägungen sind offenbar auch der von den Nationalsozialisten proklamierte »nationale Aufbruch« und die Aussicht auf einen »Wiederaufstieg Deutschlands« handlungsleitend gewesen. Die Kollaboration zwischen Wissenschaft und Nationalsozialismus erfolgte vielfach auch und vor allem »auf der Basis eines nationalistischen Konsenses« (P. Wagner).¹⁸ Die Ansicht, dass Wissenschaft ein nationales Machtinstrument und als solches im wirtschaftlichen, politischen wie militärischen Konkurrenzkampf einzusetzen sei, stellte seit Ende des 19. Jahrhunderts und über die Brüche von 1918/19 und 1933 hinweg »ein[en] solide[n] Grundkonsens« unter deutschen Wissenschaftlern dar.¹⁹ Auch dies erklärt also, warum sich Wissenschaftler –

16 Weisbrod, *Akademische Vergangenheitspolitik*, S. 21. Gerade in der interdisziplinären Vernetzung von Wissenschaftlern untereinander, aber auch der Wissenschaft mit Politik, Militär und Industrie/Wirtschaft wies der Nationalsozialismus durchaus moderne Strukturen auf (Dinçkal/Mares, *Selbstmobilisierung und Forschungsnetzwerke*, S. 12 f.). Hausmann vergleicht in diesem Sinne Ritterbuschs »Gemeinschaftswerk« der Geisteswissenschaften im Krieg (strukturell, nicht inhaltlich!) mit heutigen Sonderforschungsbereichen. Der eher »richtige und fruchtbare Gedanke an gemeinsamen Zielen orientierter Forschungen« entstamme also der Nazizeit: Hausmann, »Deutsche Geisteswissenschaft« im Zweiten Weltkrieg, S. 275. Ulrich Herbert plädierte in einem Diskussionsbeitrag auf der Abschlussstagung des Forschungsvorhabens zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft deshalb für den Begriff einer »alternativen Moderne«, die auf Wissenschaftler angesichts der sich ihnen eröffnenden Möglichkeiten eine große Faszination ausgeübt habe: Tagungsbericht *Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1920–1970*, 30.01.2008–31.01.2008, Berlin, in: *H-Soz-u-Kult*, 08.03.2008, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1958> (letzter Zugriff: 29.12.2011); s. auch den Tagungsband Orth/Oberkrome, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970. Zur Diskussion um diese Modernisierungstendenzen*, s. auch den vorzüglichen Überblick bei Bavaj, *Ambivalenz der Moderne*, hier insb. S. 136–142. Zum Aspekt der Generationalität s. das Kollektivporträt bei Grüttner, *Nationalsozialistische Wissenschaftler*, insb. S. 164 f.

17 S. etwa für die Physik beschrieben bei: Walker, *Die Uranmaschine*, S. 275.

18 S. dazu auf der Basis der Arbeiten zur Geschichte der DFG bzw. KWG jeweils zusammenfassend: Wagner, *Forschungsförderung auf der Basis eines nationalistischen Konsenses*, S. 189; Hachtmann, *Wissenschaftslandschaft*, S. 194 f.

19 So: Wagner, »Reservat der Ordinarien«, S. 33; s. auch: ders., *Forschungsförderung auf der Basis eines nationalistischen Konsenses*, S. 189. Adolf von Harnack hatte bereits in seiner Denkschrift zur Errichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus dem Jahre 1909 die »Wehrkraft« und die »Wissenschaft« als »die beiden starken Pfeiler der Größe Deutschlands« bezeichnet (zit. nach: Schulze, *Stifterverband*, S. 49). Fritz Haber betrieb mit seinen Chlor- und Senfgasforschungen während des Ersten Weltkrieges dann eine konsequente »Technisierung der Grundlagenforschung im Dienste der Kriegsführung«; s. Ash, *Wissen-*

weit über den Kreis derer hinaus, die im engeren Sinne sogar als »Vordenker der Vernichtung« betrachtet werden müssen²⁰ – im vermeintlich »nationalen Interesse« in den Dienst des NS-Regimes stellten und während des Krieges bereit waren, »das Schwert unserer Wissenschaft« nicht nur im übertragenen Sinne zu schwingen, sondern ganz buchstäblich »Forschung als Waffe« anzusehen und, wie es der damalige Präsident der DFG, Rudolf Mentzel, im Jahre 1940 formulierte, Wissenschaft zum »Werkzeug der deutschen Kriegsführung« zu machen.²¹

Diese merkwürdige »Ambivalenz zwischen der ständig wiederholten Behauptung, dass Wissenschaft universale Gültigkeit besäße und daher von sich aus international sei, und der ebenso starken Beteiligung führender Wissenschaftler am nationalen Konkurrenzkampf der Zeit« (M. Ash)²² ist auch für die vorliegende Studie von besonderer Relevanz. Denn mit der Alexander von Humboldt-Stiftung (AvH) steht eine Einrichtung im Mittelpunkt der Untersuchung, die dazu diente, gerade die gleichsam systemimmanente internationale Vernetzung der Wissenschaft und darin insbesondere die akademische Mobilität (als eine in soziales Handeln umgesetzte Ausprägung der Internationalität von Wissenschaft) kultur- wie auch machtpolitisch – bis hin zum »Kriegseinsatz«! – nutzbar zu machen.

Anders als beispielsweise bei der DFG handelt es sich bei der Geschichte der Alexander von Humboldt-Stiftung allerdings nicht um die Geschichte einer eigenständigen Institution im engeren Sinne. Den Hintergrund erhellt eine Aufzeichnung aus dem AA vom 23. Juni 1925:

»Die Vermittlung von Studienmöglichkeiten an deutschen Hochschulen für ausländische Studenten ist eine der wichtigsten kulturpolitischen Aufgaben der Abteilung VI

schaft und Politik, S. 35 f.; ferner: Flachowsky, »Werkzeug der deutschen Kriegsführung«, S. 54 f.; vom Bruch, Von der »Not« zur »Allianz«, S. 48. Zur Funktion von Wissenschaft als Machtinstrument bzw. –ersatz nach 1918 zusammenfassend Grüttner/Hachtmann, Wissenschaften und Wissenschaftler unter dem Nationalsozialismus, S. 144 f.; s. auch Kap. II. 1. c).

20 Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung. Mit diesem Begriff bezeichneten Aly und Heim diejenigen Wissenschaftler, die mit einer im Hinblick auf Rationalisierungs- bzw. Modernisierungsgesichtspunkte »gnadenlos instrumentalisierte[n] Vernunft« (ebda., S. 485) die »Endlösung« der Judenfrage vorbereitet hätten. Zur Diskussion um die Thesen von Aly und Heim s. Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 280 ff.

21 Weiss, »The Sword of Our Science« as a Foreign Policy Weapon (das Zitat, ebda., S. 5, stammt ursprünglich von dem Humangenetiker Otmar Freiherr von Verschuer); Mentzel-Zitat nach: Flachowsky, »Werkzeug der deutschen Kriegsführung«, S. 53. s. zur hohen Anpassungsbereitschaft der Akademiker auch ebda., S. 56 sowie vom Bruch, Von der »Not« zur »Allianz«, S. 48; ferner die zweibändige Darstellung zur Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Maier, Forschung als Waffe, sowie für die KWG allgemein: Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«, S. 922 u. 1019.

22 Ash, Wissenschaft und Politik als Ressourcen für einander, S. 35; s. ferner: Schroeder-Gudehus, Deutsche Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit.

[d.i. die spätere ›Kulturpolitische Abteilung‹, H.I.] Mit der speziellen Durchführung dieser Aufgabe [...] hat Abt. VI unter Bereitstellung erheblicher Mittel eine Stelle beauftragt, die unter ihrer Aufsicht im Auswärtigen Amte tätig ist und als ein Bestandteil der Abt. VI zu betrachten ist. Büroräume, Inventar, Schreibmaterial, Schreibmaschine, Fernsprecher usw. liefert das Auswärtige Amt und sind aus den dafür bestimmten allgemeinen Fonds zu bestreiten. Dass die erwähnte Stelle rechtlich als Stiftung ausgebaut ist und den Namen ›Alexander von Humboldt-Stiftung‹ trägt, tut dabei nichts zur Sache. Der Name ist ihr aus naheliegenden Gründen nur zu dem Zwecke gegeben worden, dass das Auswärtige Amt nach außen hin nicht als Geldgeber in die Erscheinung tritt.«²³

Die Humboldt-Stiftung der Jahre 1925 – 1945 war also, wie im Verlauf der Darstellung immer wieder deutlich werden wird, im Grunde keine selbständige Stipendienorganisation, sondern viel eher ein vom AA finanziertes Stipendienprogramm. Ihre Geschäftsstelle war eine Zahlungs- und Verwaltungseinrichtung, kaum eine gestaltend tätige Institution.²⁴ Die Geschichte der Alexander von Humboldt-Stiftung ist damit weitgehend ein Teilaspekt der Geschichte der deutschen auswärtigen Kulturpolitik, genauer: der amtlichen akademischen Auslandsarbeit, und noch genauer: die Geschichte einer kulturpolitischen Methode: nämlich des »Multiplikatorenprinzips« und seiner Umsetzung in der deutschen Stipendienvergabe an ausländische Studenten. So verstanden – sprich: die Humboldt-Stiftung als »exemplarisch konkretisiertes Konzept einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik« (V. Laitenberger) zu sehen²⁵, sie als Synonym für die kulturpolitische Methode insgesamt zu nehmen – lässt sich ihre Geschichte als durchgehendes Narrativ bis 1945 darstellen. Die Kontinuität für den gesamten Untersuchungszeitraum besteht dabei zum einen darin, dass die Humboldt-Stiftung von Beginn an eine Camouflage war, derer sich das Reich durchgängig bediente, um ausländische »Multiplikatoren« an deutsche Universitäten zu ziehen. Zum anderen wurde die konkrete Arbeit nahezu im gesamten Untersuchungszeitraum von einer Person geleistet, die entscheidend dazu beitrug, diese Tarnung aufrecht zu erhalten: Dr. Kurt Goepel, auf dessen Biographie und Verhalten im Verlauf der Untersuchung daher immer wieder einzugehen sein wird.

Wenn also im Folgenden die Darstellung des Ausländerstudiums als eines Instruments auswärtiger Kulturpolitik am Beispiel der Humboldt-Stipendien im Fokus steht, so kann die vorliegende Untersuchung dabei auch an zentrale Erkenntnisse des eingangs umrissenen Themenkomplexes ›Wissenschaft und

23 PA, R 64794, Vermerk Proppe, 23. 6. 1925 (Hervorhebung im Original).

24 Allenfalls im Bereich der Stipendiatenbetreuung gab es Gestaltungsspielräume, wobei auch diese im Verlauf der Jahre durch Einflussnahme z. B. der Reichsstudentenführung immer enger wurden. S. dazu die entsprechenden Kapitel dieser Untersuchung.

25 Laitenberger, Akademischer Austausch, S. 22.

Politik« anschließen. Denn in Anlehnung an das Modell Mitchell G. Ashs kann das sich innerhalb wissenschaftlicher Strukturen und Institutionen vollziehende Ausländerstudium, kann die Praxis akademischer Mobilität und akademischen Austauschs als ein für die Politik mobilisierbarer Bestandteil des »Ressourcenensembles« Wissenschaft verstanden werden. In diesem Sinne ist die Geschichte der »Alexander von Humboldt-Stiftung« ein Beitrag nicht nur zu einer politischen Geschichte des Ausländerstudiums in Deutschland, sondern auch zur »Verflechtung von Wissenschaft und Macht« (M. Ash) im Allgemeinen.²⁶

Im Einzelnen ergeben sich dabei folgende Fragenkomplexe und Darstellungsebenen:

Auf einer ersten Ebene wird es notwendig sein, den politischen Kontext zu analysieren. Welche Anlässe führten zur Einrichtung der deutschen Stipendienprogramme? Was waren ihre Zielsetzungen? Welche Richtungen und Segmente außenpolitischer Konzeptionen spielten eine Rolle? Gibt es z.B. einen Zusammenhang zwischen der bedeutenden Rolle Bulgariens in der Stipendienarbeit und der allgemeinen Außenpolitik des Deutschen Reichs gegenüber Südosteuropa? Von besonderer Bedeutung ist hierbei auch die Frage, ob und inwiefern sich die auswärtige Kulturpolitik nach 1933 wandelte und wie sich dieser Wandel auf die Stipendienarbeit auswirkte. Gab es z.B. eine eigene Konzeption der NSDAP für die Förderung des Ausländerstudiums oder lassen sich vielmehr Kontinuitäten zur Stipendienpolitik der Weimarer Zeit feststellen? Welche Bedeutung hatte der oben erwähnte »nationalistische Konsens« im Kontext der akademischen Auslandsarbeit? Und schließlich: Welche Rolle spielten Studentenmobilität und Stipendien im Krieg, welche Funktionen übernahmen sie? Gab es nach 1939 einen Zusammenhang zwischen Besatzungs- und Stipendienpolitik? Großes Gewicht wird in diesem Zusammenhang der Frage zukommen, in welchem Verhältnis nach 1933 völkische Ideologie auf der einen und die »klassischen« Methoden der auswärtigen Kulturpolitik auf der anderen Seite zueinander standen. Sprich: Wie rechtfertigte und betrieb ein System, dessen zentraler Bestandteil der Rassebegriff war, die Förderung des Studiums sogenannter »Fremdvölkischer«? Im Mittelpunkt dieses Aspekts wird die Darstellung der Stipendienpolitik in den Jahren stehen, in denen das Verhältnis von Kalkül und Dogma in der Außenpolitik sich eindeutig zugunsten des Dogmas verschob, nämlich während des Zweiten Weltkriegs.²⁷

Auf einer weiteren Ebene wird darauf aufbauend die praktische Umsetzung der kulturpolitischen Ansätze darzustellen sein und zwar sowohl auf organisatorischer Ebene als auch hinsichtlich der konkreten Stipendienprogramme und ihren fachlichen wie regionalen Schwerpunkten. Wie entwickelten sich regionale

26 Ash, Wissenschaft und Politik, S. 36 f.

27 Zur Frage »Kalkül oder Dogma?« s. Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933 – 1945.

Herkunft und fachlicher Hintergrund der Stipendiaten? Fand zum Beispiel die Privilegierung der Natur- und Technikwissenschaften im Nationalsozialismus ihren Niederschlag in den Förderquoten von Studierenden dieser Fächer? Ferner gehören zu diesem Komplex alle Fragen der Verwaltungsabläufe, der Finanzierung und des Personals. Schließlich wird auf einer individuellen Ebene zum einen nach den Handlungszwängen respektive Verhaltensspielräumen der für die deutsche auswärtige Kulturpolitik Verantwortlichen zu fragen sein, zum anderen nach den Motiven und individuellen Erfahrungen der Stipendiaten. Wie und mit welchen Zielsetzungen wurden diese betreut? Lassen sich bereits vorhandene ideologische Affinitäten oder eine erfolgreiche politische Beeinflussung bei den ausländischen Studierenden festmachen, die nach 1933 ins Reich kamen? Und an welchen Punkten wiederum gerieten »Fremdvölkische« womöglich in Konflikt mit dem NS-Staat?

Die dargestellten Fragenkomplexe werden im Folgenden in einer insgesamt chronologisch angelegten Studie jeweils systematisch aufgegriffen. Die Entwicklung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik und des Stipendienwesens wird also einerseits in der zeitlichen Abfolge der Weimarer Republik, der ersten Jahre der nationalsozialistischen Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und schließlich des Krieges selbst dargestellt. Innerhalb der chronologischen Kapitel wiederum wird dann jeweils zunächst auf die allgemeinen politischen Ausgangsbedingungen und die darauf basierenden kulturpolitischen Zielsetzungen eingegangen. In einem zweiten Schritt werden die darauf basierenden organisatorisch-institutionellen Entwicklungen dargestellt, bevor im jeweils dritten Teil konkrete Maßnahmen und Stipendienprogramme analysiert werden. Abschließend wird dann stets der Blick auf die individuelle Ebene der Stipendiaten gerichtet.

2) Zur Forschungssituation

Die vorliegende Untersuchung hat vor dem Hintergrund des bis hierhin Dargestellten zwei Forschungskontexte zur berücksichtigen und deren Ansätze und Ergebnisse zusammen zu bringen. Zentrale Erkenntnisse des einen, sprich: der jüngeren Forschung zum »Reizthema ›Wissenschaft und Nationalsozialismus« (R. vom Bruch)²⁸ wurden eingangs bereits skizziert. Wichtige Impulse gingen für die Geschichtswissenschaft dabei von den Forschungsprojekten zur Geschichte der großen deutschen Wissenschaftsförderorganisationen aus, die in den 1990er Jahren einsetzten. Zu erwähnen ist hier einerseits Winfried Schulzes 1995 erschienene Geschichte des Stifterverbandes. Bereits fünf Jahre zuvor hatten Ru-

28 vom Bruch, Von der »Not« zur »Allianz«, S. 41.

dolf Vierhaus und Bernhard vom Brocke aus Anlass des 75-jährigen Jubiläums auf über 1.000 Seiten Beiträge zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft versammelt. Eine Geschichte der DFG in der Weimarer Republik und im Dritten Reich aus der Feder Notker Hammersteins folgte schließlich im Jahre 1999.²⁹ Allerdings zeigte sich schon sehr bald, dass die beiden letztgenannten Projekte erst den Anstoß für weitere Forschungen geben sollten, wobei die nun folgenden Studien einerseits auf diesen Arbeiten aufbauten, sich andererseits aber auch bewusst kritisch von ihnen abzusetzen suchten.³⁰ Die in den Folgejahren groß angelegten Projekte zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihrer Institute unter der Leitung von Wolfgang Schieder und Reinhard Rürup einerseits sowie zur Geschichte der DFG unter der Leitung von Rüdiger vom Bruch und Ulrich Herbert andererseits lieferten wesentliche Beiträge zum weiter oben umrissenen derzeitigen Forschungsstand.³¹ Auch die Universitätsgeschichtsschreibung hat hierdurch noch einmal deutliche Impulse erhalten, wie an den zahlreichen, in den vergangenen zehn Jahren erschienenen

29 Hammerstein, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich; Schulze, Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 1920–1995; Vierhaus/vom Brocke, Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft.

30 Hammersteins Studie sei »eine erste Grundlage« für weitere Forschungen, formulierte der damalige Präsident der DFG, Ernst-Ludwig Winnacker, noch halbwegs diplomatisch in seiner Begrüßungsrede bei der von ihm selbst initiierten Auftaktveranstaltung, mit der im Mai 2000 das Nachfolgeprojekt zur erst kurz zuvor erschienenen Arbeit Hammersteins angestoßen wurde. Eine Vielzahl der Beiträge zu dieser »Bestandsaufnahme« ist dokumentiert in: vom Bruch/Kaderas, Wissenschaften und Wissenschaftspolitik (Zitat: S. 14 f.) Deutlichere Kritik an Hammersteins Studie, insbesondere der Aussage, dass der Nationalsozialismus am Wissenschaftssystem »eigentlich nichts Wesentliches verändert« habe (so: Hammerstein, Wissenschaftssystem und Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus, S. 219), äußerte auf der Tagung beispielsweise: Mertens, Einige Anmerkungen zur NS-Wissenschafts- und Forschungspolitik. Weitere Kritik entzündete sich an Hammersteins Darstellung der Förderung der »Ostforschung« durch die DFG, so z. B.: Heinemann, Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa, S. 54. Zur Kritik an Hammersteins Studie s. weiterhin: Maier, Forschung als Waffe, Bd. 1, S. 48 ff.; sehr vehement: Klee, Deutsches Blut und leere Aktendeckel, der Hammersteins Arbeit in der Wochenzeitung »Die Zeit« als »Auftragsarbeit« einer »Deutsche[n] Vertuschungsgemeinschaft« bezeichnete. Vgl. dazu auch die wiederum seinerseits kritische Auseinandersetzung mit der neueren Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte bei Hammerstein, Hochschulreformziele, S. 28–31.

31 S. dazu die von Rürup/Schieder im Wallstein Verlag, Göttingen, herausgegebenen Buchreihe »Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus« mit insgesamt sieben Monographien und Sammelbänden (insb. Kaufmann, Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft; Schmuhl, Grenzüberschreitungen; Hachtmann, Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«; Maier, Forschung als Waffe) sowie die von Rüdiger vom Bruch und Ulrich Herbert bzw. denselben und Patrick Wagner in den Reihen »Beiträge ...« respektive »Studien zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft« herausgegebenen Sammelbände bzw. Einzelstudien (hier insb.: Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat; Orth/Oberkrome, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft 1920–1970).

Sammelbänden und Monographien ablesbar ist.³² Inzwischen ist die Forschungsliteratur zum Thema »Wissenschaft und Nationalsozialismus« kaum mehr zu überblicken.³³

Auch der Stand der geschichtswissenschaftlichen Erforschung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik, als dem zweiten relevanten Forschungskontext, kann als insgesamt gut bezeichnet werden, ist aber deutlich überschaubarer – zumal wenn es im Hinblick auf die Schnittmenge der beiden Forschungskontexte um die Rolle der Wissenschaft in der und für die auswärtige Kulturpolitik geht. Eine erste »Welle« der Beschäftigung mit der auswärtigen Kulturpolitik der Weimarer Republik und – mit Einschränkungen – des Dritten Reiches setzte in Deutschland bereits in den 1970er Jahren ein, als eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Vorschläge für die auswärtige Kulturpolitik der Bundesrepublik erarbeitete. Exemplarisch für die Ergebnisse dieser Zeit seien der von Kurt Düwell herausgegebene Sammelband über »Deutschlands Auswärtige Kulturpolitik 1918 – 1932« sowie dessen eigene Monographie zum Thema genannt.³⁴ In den 1980er und 90er Jahren folgten dann unter anderem Untersuchungen von Peter Longerich zur Auslandspropaganda des AA³⁵, von Jan-Pieter Barbian über die Kulturabkommen des »Dritten Reiches« als Instrumente nationalsozialistischer Außenpolitik³⁶ und von Eckard Michels zum Deutschen Institut in Paris.³⁷ Derselbe Autor legte im Jahr 2005 eine Untersuchung zur Arbeit der Deutschen Akademie und des Goethe-Instituts im Zeitraum 1923 –

32 Als neuere Veröffentlichungen seien exemplarisch genannt: Eberle, Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus; Nagel, Die Philipps-Universität Marburg im Nationalsozialismus; Hoßfeld et al., »Kämpferische Wissenschaft«. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus; vom Bruch/Jahr, Die Berliner Universität in der NS-Zeit; Kraus, Die Universität München im Dritten Reich; Eckart et al., Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus; Becker, Zwischen Diktatur und Neubeginn: die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit; Wiesing et al., Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus.

33 Einen guten Überblick geben die jüngst erschienenen, jeweils Beiträge auf dem aktuellen Forschungsstand vereinenden Sammelbände zur Geschichte der Forschungsförderung durch die DFG in den Jahren 1920 – 1970 (Orth/Oberkrome, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft), zur Geschichte der Technischen Hochschulen im Dritten Reich (Dinçkal/Dipper/Mares, Selbstmobilisierung der Wissenschaft) sowie zum Verhältnis von Universität und Politik im 20. Jahrhundert (Grüttner et al., Gebrochene Wissenschaftskulturen). Darüber hinaus sei verwiesen auf die Literaturüberblicke bei Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 249 – 253; Sparing/Woelk, Forschungsergebnisse, S. 7 – 32; vom Bruch, Die Berliner Universität 1933 – 1945, S. 227 – 234, hier insb. S. 227 f. und Anm.1 sowie Forsbach, Die Medizinische Fakultät der Universität Bonn, S. 41 – 57 der in seinem umfassenden Forschungsüberblick auch andere Fächer und Universitäten erfasst.

34 Düwell, Deutschlands Auswärtige Kulturpolitik 1918 – 1932; s. weiterhin auch die Aufsätze in: Ders., Deutsche Auswärtige Kulturpolitik.

35 Longerich, Propagandisten im Krieg.

36 Barbian, Kulturwerte im Zeitkampf.

37 Michels, Das Deutsche Institut in Paris.

1960 nach.³⁸ Bereits fünf Jahre zuvor hatte sich auch Dirk Scholten mit seiner Arbeit zur Sprachverbreitungspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands dieses, auch bei Michels zentralen Aspekts der deutschen auswärtigen Kulturpolitik angenommen. Das Deutsche Ausland-Institut (DAI) als weitere zentrale Institution der deutschen auswärtigen Kulturpolitik hatte ebenfalls bereits in den 1970er Jahren mit Ernst Ritter einen ersten Historiographen gefunden, dessen Darstellung im Jahr 2006 eine weitere aus der Feder von Katja Gesche folgte.³⁹ Im Jahr 2001 wiederum leistete Frank-Rutger Hausmann mit seiner Darstellung der Arbeit der Deutschen Wissenschaftlichen Institute (DWI) im Ausland⁴⁰ einen wichtigen und immer noch maßgeblichen Beitrag zum Verständnis der deutschen auswärtigen Kulturpolitik im Zweiten Weltkrieg, aus der sich unter anderem zentrale Schlüsse über die internationale Vernetzung deutscher Wissenschaft und Wissenschaftler insbesondere nach Südosteuropa gewinnen lassen. Vor dem Hintergrund dieser Forschungserträge überrascht es ein wenig, dass die auswärtige Kulturpolitik in der von Conze et al. herausgegebenen, in der Öffentlichkeit und wissenschaftlichen Fachgemeinschaft lebhaft diskutierten Studie über »Das Amt und die Vergangenheit« für den Betrachtungszeitraum bis 1945 keine Berücksichtigung findet.⁴¹ Hier kann die vorliegende Untersuchung einen weiteren Beitrag zur »Binnendifferenzierung« (M. Mayer) der Akteure und Aktivitäten des AA während des Dritten Reichs und insbesondere des Krieges leisten – wenn auch nicht, wie sich zeigen wird, zu deren Verharmlosung.⁴²

Darüber hinaus liegen inzwischen eine Reihe von Studien zur auswärtigen Kulturpolitik gegenüber einzelnen Länder bzw. Regionen vor, die allerdings von unterschiedlicher Qualität sind. Für Lateinamerika etwa sind die überwiegend überzeugenden Beiträge eines Sammelbandes zur Geschichte des Iberoamerikanischen Instituts (IAI) zu nennen, für Belgien die Studie von Carlo Lejeune.⁴³ Für das Baltikum liegt eine kurze, aber erhellende Studie zur nationalsozialistischen Hochschulpolitik in Riga vor.⁴⁴ Mit der deutschen Kulturpolitik in bzw. gegenüber Polen befasste sich schon früh Christoph Kleßmann in seiner beeindruckenden Studie über die »Selbstbehauptung einer Nation« und jüngst

38 Michels, Von der Deutschen Akademie zum Goethe-Institut.

39 Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut; Gesche, Kultur als Instrument der Außenpolitik.

40 Hausmann, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht«.

41 Conze/Frei/Hayes/Zimmermann, Das Amt. Einschlägige Arbeiten, wie etwa die von Frank-Rutger Hausmann zu den DWI, haben noch nicht einmal Eingang in die Bibliographie gefunden.

42 Vgl. dazu den Ansatz von Michael Mayer in: ders., Akteure, Verbrechen und Kontinuitäten.

43 Liehr/Maihold/Vollmer, Ein Institut und sein General; Lejeune, Die deutsch-belgischen Kulturbeziehungen.

44 Blank, Nationalsozialistische Hochschulpolitik in Riga.

erneut Karina Pryt.⁴⁵ Die deutschen Aktivitäten gegenüber und in Frankreich wiederum sind der bislang wohl am besten ausgeleuchtete Aspekt der nationalsozialistischen auswärtigen Kulturpolitik. Neben der bereits erwähnten Studie von Eckard Michels sei hier verwiesen auf die Arbeiten von Gerhard Heller, Roland Ray, Dieter Tiemann, Laura Hannemann und Kathrin Engel.⁴⁶ Für Südosteuropa als wichtigen, wenn nicht dem wichtigsten kulturpolitischen Zielraum liegt als größere Untersuchung hingegen nur die Ostberliner Dissertation von Erich Siebert aus dem Jahre 1971 vor, deren Schwächen sich durch den eingeschränkte Quellenkorpus, aber vor allem durch ihre Fixierung auf marxistisch-leninistische Interpretationsmuster erklären lassen.⁴⁷ Lediglich für Griechenland liegt seit 2008 mit der Dissertation von Fedra Koutsoukou eine neuere systematische Untersuchung der nationalsozialistischen Kulturpolitik gegenüber einem südosteuropäischen Land vor.⁴⁸ Anstelle einer Gesamtdarstellung der deutschen auswärtigen Kulturpolitik gegenüber Südosteuropa ist daher einstweilen auf Frank-Rutger Hausmanns Darstellung der Aktivitäten der einzelnen DWI im südosteuropäischen Raum sowie die Beiträge in dem von Carola Sachse herausgegebenen Tagungsband »Mittleuropa« und »Südosteuropa« als Planungsraum« zu verweisen.⁴⁹ Alle genannten Arbeiten vereint indes im Ergebnis die Feststellung, dass die auswärtige Kulturpolitik nach 1933 eindeutig zum Instrument nationalsozialistischer Außenpolitik wurde und nach Kriegsausbruch ihren spezifischen »kriegswichtigen« Beitrag an der »geistigen Front« zu leisten hatte.

Weniger gründlich als die bisher genannten Aspekte auswärtiger Kulturpolitik ist hingegen lange Zeit das Ausländerstudium in Deutschland, insbesondere dessen Entwicklung während des Dritten Reichs und im Krieg, behandelt worden. Dies gilt sowohl im Hinblick auf eine allgemeine Darstellung als auch für die speziellere Frage nach dessen kulturpolitischer Bedeutung. Dabei mag zum einen eine Rolle spielen, dass das Jahr 1933 zunächst einmal als Wendepunkt hin zur Selbstabkopplung und -abschottung des deutschen Universitäts- und Wis-

45 Kleßmann, Die Selbstbehauptung einer Nation; Pryt, Befohlene Freundschaft.

46 Heller, In einem besetzten Land; Ray, Annäherung an Frankreich im Dienste Hitlers?; Tiemann, Deutsch-französische Jugendbeziehungen; Hannemann, Der entfesselte Geist; Engel, Deutsche Kulturpolitik im besetzten Paris.

47 Siebert, Die Rolle der Kultur- und Wissenschaftspolitik bei der Expansion des deutschen Imperialismus.

48 Koutsoukou, Die deutsche Kulturpolitik in Griechenland in der Zeit des Nationalsozialismus (1933 – 1944); s. auch dies.: Koutsoukou, Die NS-Kulturpolitik gegenüber Griechenland in der Vorkriegszeit.

49 Der Band erschien nach Fertigstellung des Manuskripts und konnte hier nicht mehr inhaltlich berücksichtigt werden. Mit der Aufnahme der deutschen auswärtigen Kulturpolitik in Südosteuropa befasst sich zudem der Aufsatz von Kirk, The Reception of German Cultural Politics in Southeastern Europe.

senschaftssystem, mithin als Einschränkung von ›Internationalität‹ verstanden wurde, bedingt nicht zuletzt durch die erzwungene Emigration zahlreicher jüdischer und regimekritischer Gelehrter.⁵⁰ Zum anderen ist das Thema ›Fremde im Dritten Reich‹ vor dem Hintergrund des verbrecherischen Charakters des NS-Regimes bislang vor allem unter den Gesichtspunkten der Ausgrenzung und Ausbeutung beschrieben worden, etwa im Hinblick auf den sogenannten »Reichseinsatz« ausländischer Arbeitskräfte.⁵¹ Aspekte wie der Tourismus oder eben die akademische Mobilität standen daneben schon allein aus quantitativen Gesichtspunkten weniger im Fokus.⁵² So finden sich auch in den bisher vorliegenden einschlägigen Monographien oder Sammelwerken zur Geschichte einzelner Universitäten während des »Dritten Reichs« zumeist nur spärliche Hinweise auf ausländische Studierende und Wissenschaftler. Das gilt leider auch für die im Jahr 2005 vorgelegten Bände zur Geschichte der Berliner Universität in der NS-Zeit⁵³, obwohl diese traditionell die bei weitem attraktivste Universität für ausländische Studierende war. Selbst in Monographien, die sich der Geschichte einzelner Studentenschaften widmen, wie etwa der voluminösen Geschichte der Studentenschaft der Universität Marburg zwischen 1925 und 1945 aus der Feder von Holger Zinn, findet sich der Aspekt der ausländischen Studierenden kaum dargestellt.⁵⁴ Dies kann, muss allerdings nicht notwendigerweise auf die mangelnde Quellengrundlage zurückzuführen sein. So enthält z. B. die umfangreiche, unter anderem von Uwe Hoßfeld herausgegebene Sammlung von Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus keinen Beitrag zur Frage der ausländischen Studierenden in diesem Zeitraum, obwohl dies auf der Grundlage der im Jenaer Universitätsarchiv vorhandenen Dokumente durchaus möglich gewesen wäre.⁵⁵ Eine der wenigen Ausnahmen im Rahmen der Universitätsgeschichtsschreibung bildet der Aufsatz von Werner Moritz zu den Außenbeziehungen der Universität Heidelberg im Nationalsozialismus.⁵⁶ Immerhin liegt seit 2003 mit Béla Bodós Aufsatz »Foreign Students in Nazi Germany« eine – in Teilen allerdings fehlerhafte – Skizze über die Entwicklung des Ausländerstudiums im nationalsozialistischen Deutschland vor, die erstmals

50 Siehe z. B.: Strauss/Fischer/Hoffmann/Söllner, Die Emigration der Wissenschaften nach 1933.

51 S. dazu etwa die Beiträge in: Herbert, Europa und der »Reichseinsatz«. Allgemein: Majer, »Fremdvölkische« im Dritten Reich.

52 Als Beispiele seien aber genannt: Lubrich, Reisen ins Reich, sowie die Arbeiten von Angela Schwarz.

53 vom Bruch/Jahr, Die Berliner Universität in der NS-Zeit.

54 Zinn, Zwischen Republik und Diktatur.

55 Hoßfeld u. a., »Kämpferische Wissenschaft«. Die darin enthaltenden Studien von Bruhn, Die Jenaer Studentenschaft 1933–1939, sowie Böttner, Die Jenaer Studentenschaft während des Zweiten Weltkrieges, widmen den ausländischen Studierenden nur wenige Zeilen.

56 Moritz, Außenbeziehungen der Universität.

auch die Zeit des Zweiten Weltkriegs behandelt.⁵⁷ Wesentlich solider sind hingegen Thomas Harnischs umfangreiche Monographie über chinesische Studenten in Deutschland zwischen 1860 und 1945⁵⁸ sowie zwei jeweils im Rahmen von Magisterarbeiten durchgeführte Lokalstudien zu den Verhältnissen in Jena und München respektive Gießen.⁵⁹ Ausgehend von letztgenannter Arbeit hat Daniela Siebe dann im Jahr 2009 eine um Fallstudien aus Berlin, Göttingen, Marburg und Heidelberg erweiterte Studie über »ausländische Studierende, auswärtige Kulturpolitik und deutsche Universitäten« vorgelegt.⁶⁰ Die materialreiche, stark quantitativ angelegte Arbeit deckt mit dem Zeitraum 1870 bis 1933 allerdings »nur« die Jahre bis zur nationalsozialistischen »Machtergreifung« ab. Eine umfassende Analyse des Ausländerstudiums in der Zeit des Nationalsozialismus ist also nach wie vor ein Desiderat, und die vorliegende Untersuchung unternimmt den Versuch, diese Lücke zu füllen, wobei sie aufgrund der Quellenlage wie auch aus methodischen Gesichtspunkten die Jahre 1933 bis 1945 stärker qualitativ und von den Intentionen der politisch Handelnden her betrachtet.⁶¹

Ausführlich widmete sich der Entwicklung des Ausländerstudiums in Deutschland und seiner Rolle im Rahmen der auswärtigen Kulturpolitik auch schon die 1976 von Volkhard Laitenberger vorgelegte Pionierstudie zur Geschichte des DAAD. Diese enthält auch wichtige Informationen zur Geschichte der Alexander von Humboldt-Stiftung⁶², so etwa eine fundierte Einordnung und

57 Bodó, *Foreign Students in Nazi Germany*, erklärt die Entwicklungen im Bereich des Ausländerstudiums zwischen 1933 und 1945 fast ausschließlich aus den Erlassen des Reichswissenschaftsministeriums (REM). Er berücksichtigt somit nur ungenügend das für den Nationalsozialismus typische und auch in den Fragen der Hochschul- und auswärtigen Kulturpolitik zu beobachtende Kompetenzenchaos und überschätzt die Bedeutung bzw. Durchsetzungskraft des REM in den entsprechenden Konflikten. Aus diesem Grunde gibt sein Aufsatz nur ein unzureichendes bzw. verzerrtes Bild der Entwicklungen insbesondere während des Krieges wieder, in dessen Verlauf das REM, wie unten noch gezeigt werden wird, einige wichtige Kompetenzen verlor.

58 Harnisch, *Chinesische Studenten in Deutschland*.

59 Kramer, *Studentenaustausch im »Dritten Reich«* sowie dies., »München ruft!« (als um die Jena betreffenden Passagen gekürzte Version); Siebe, *Ausländische Studenten in Gießen (1900–1949)*.

60 Siebe, »*Germania docet*«.

61 Siebe wertete für ihre Arbeiten die Matrikel und weiteres Aktenmaterial der fünf genannten Universitäten aus, verzichtete allerdings auf eine systematische Auswertung der Bestände der zuständigen Ministerien, sprich der Kultusministerien der Länder oder des Auswärtigen Amts. Die schlechte Quellenlage, insbesondere bedingt durch die Kriegsverluste an den einzelnen Hochschulen (s. u. Kap. I. 3), erlaubt für die Jahre 1933–45 kaum eine durchgehende und umfassende Frequenzanalyse, wie sie Siebe für die Jahre zuvor durchführt. Zugleich ist die vorliegende Arbeit aufgrund des besonderen Charakters des Betrachtungszeitraums noch wesentlich stärker als eine politische Geschichte des Ausländerstudiums angelegt.

62 Laitenberger, *Akademischer Austausch, v. a. die Kapitel: »Die Gründung der Alexander von*

Darstellung der Gründung im Jahre 1925.⁶³ Da zur Zeit der Entstehung von Laitenbergers Studie die Archive der DDR westlichen Historikern jedoch nicht offen standen, musste sich dieser notwendigerweise auf das in westdeutschen Archiven, v. a. im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts vorhandene Quellenmaterial beschränken. Aus dieser Tatsache erklären sich einige Lücken in der Darstellung, die mit dem heute zugänglichen Material zu schließen sind. Dies gilt insbesondere für die Zeit des Zweiten Weltkriegs: Während Laitenberger die Zeit von 1925 bis 1933 sehr intensiv behandelte, handelte er die Jahre nach 1939 auf neun knappen Seiten ab. Dabei ist insbesondere auf Laitenbergers Fehlurteil zu verweisen, seit der Bombennacht vom 22. auf den 23. November 1943 sei ein sinnvolles Arbeiten im Deutschen Studienwerk für Ausländer (DSA), der damaligen zentralen Organisation der deutschen Stipendienarbeit, nicht mehr möglich gewesen.⁶⁴ Vielmehr lässt sich anhand der für diese Arbeit ausgewerteten Akten nachweisen, dass die Stipendienarbeit, die 1941 noch einmal in starkem Maße ausgeweitet worden war, auch nach 1943 fortgesetzt wurde, ja sogar Ende 1944 und Anfang 1945 im Zuge sogenannter »Evakuierungsmaßnahmen« sich noch einmal in neue Bereiche ausweitete. Neben diesem Aspekt bedarf Laitenbergers Studie auch einer dringenden Ergänzung im Hinblick auf die progressive Einflussnahme durch die Nationalsozialisten, insbesondere der SS, auf die auswärtige Kulturpolitik. So geht Laitenberger in seiner Darstellung auf die seit spätestens 1935 bestehende Richtlinie, jüdische Bewerber nicht zu berücksichtigen, lediglich in einer Fußnote, auf die Einbindung des SD in die Auswahl hingegen gar nicht ein, obwohl ihm die entsprechenden Dokumente laut Quellenverzeichnis bekannt waren. Diese Lücke in der bisherigen Forschung wird mit der vorliegenden Darstellung ebenso zu schließen sein, wie sie auch Frank-Rutger Hausmanns exzellente und materialreiche Studie zur Geschichte der Deutschen Wissenschaftlichen Institute im Ausland durch eine Einbeziehung des Ausländerstudiums noch um wichtige Aspekte ergänzen kann.⁶⁵

Humboldt-Stiftung 1925«, S. 19–22; »Ausländerstudium«, S. 246–277; »Die Auslese der Alexander von Humboldt-Stipendiaten«, S. 290–298.

63 Hierzu auch Berberich, Zur Gründungsgeschichte. Anlässlich des 50jährigen Jubiläums der Wiederbegründung der Alexander von Humboldt-Stiftung im Jahre 2003 hat schließlich Christian Jansen mit Unterstützung von Christoph Nensa eine Studie über das Verhältnis von Wissenschaftsförderung und auswärtiger Kulturpolitik vorgelegt, die auch einen Abriss der Geschichte der Vorläuferorganisation der heutigen Stiftung beinhaltet, die allerdings weitestgehend auf Laitenbergers Forschungen beruht: Jansen, Exzellenz weltweit, S. 20–45.

64 Laitenberger, Akademischer Austausch, S. 156. Da auch Jansen in seiner Darstellung nur wenig über Laitenbergers Material hinausgeht, findet sich dort ebenfalls diese Falschannahme: Jansen, Exzellenz weltweit, S. 44.

65 Rolle und Funktion der Alexander von Humboldt-Stiftung bzw. des Deutschen Studienwerks für Ausländer (DSA) sind bei Hausmann nicht ganz korrekt dargestellt. So erfolgte die Gründung des DSA z. B. nicht (so Hausmann, »Auch im Krieg schweigen die Musen nicht«,